

PROJEKTBERICHT

Projektland: Ukraine

Datum: 27. Oktober 2015

Ukraine nach der Wahl

Die Kommunalwahlen vom 25. Oktober 2015 waren ein bedeutender Gradmesser der aktuellen politischen Situation in der Ukraine. Als Zwischenbilanz der Regierung Poroschenko zeigten sie, ob die Prognosen und Analysen richtig lagen und ob sich die relativen Gewichte der politischen Akteure seit der Parlaments- und Präsidentenwahl 2014 verschoben haben. Aller Voraussicht nach werden die Ergebnisse dieser Wahlen nur zwei Jahre Bestand haben, denn aufgrund der Verfassungsreform und Änderungen in der Wahlgesetzgebung werden im November 2017 erneut Kommunalwahlen stattfinden.

Noch prüft und korrigiert die Zentrale Wahlkommission der Ukraine das Wahlergebnis um den einen oder anderen Prozentpunkt, aber die wichtigsten Aussagen lassen sich bereits jetzt treffen.

1) Wahlverlauf

"Die Wahlen am 25. Oktober wurden in grundsätzlich ruhiger Atmosphäre und entsprechend internationaler Standards durchgeführt", resümierte das Europäische Netzwerk der Organisationen zur Wahlbeobachtung ENEMO in einer Pressekonferenz in Kiew am 27. Oktober.¹ Auch die Wahlbeobachter der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) teilten diese Einschätzung: "die Kommunalwahlen der Ukraine haben im Allgemeinen den demokratischen Prozess respektiert"², hieß es in einer Mitteilung vom 26. Oktober. Die Bewertung der beiden internationalen Missionen zur Wahlbeobachtung deckt sich weitgehend mit den Eindrücken der lokalen Wahlbeobachter mehrerer Dutzend Nichtregierungsorganisationen, welche die Hanns-Seidel-Stiftung bei diesen Kommunalwahlen unterstützt hatte.

Diese Aussagen bewerten den Verlauf der Wahlen zusammenfassend im Großen und Ganzen: Einzelne, zum Teil schwerwiegende technische und

¹ <http://en.interfax.com.ua/news/general/299528.html>, Zugriff 27.10.2015

² <http://www.osce.org/odihr/elections/ukraine/194401> Zugriff 27.10.2015

organisatorische Probleme kamen vor, blieben aber die Ausnahme. In Mariupol und Krasnoarmijsk gab es beispielsweise erhebliche Probleme mit den Stimmzetteln, die zwar nicht gelöst, aber minutiös auf Onlineplattformen und sozialen Netzwerken verfolgt werden konnten. Es gab keine Hinweise auf systematische und organisierte Wahlmanipulationen.

Dieser weitgehend ruhige Wahlverlauf war aber keineswegs selbstverständlich. In zahlreichen Regionen war man auf Provokationen und Zusammenstöße eingestellt, von prorussischer Seite im Osten des Landes, von Ultrationalisten im Westen und von oligarchentreuen Kleinparteien, je nach deren lokalen Schwerpunkten landesweit. Aber selbst auf dem Maidan in Kiew fand sich nur das übliche sonntägliche Grüppchen ein, das für Freiwilligenbataillone und die Unterstützung der Soldaten im Osten des Landes demonstrierte.



Der zentrale Kiewer Maidan-Platz am Sonntagnachmittag.
Foto: Seiberling

2) Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung wurde von der Zentralen Wahlkommission ZIK mit insgesamt 46,6% angegeben, d.h. nur knapp die Hälfte der 29,5 Millionen Wahlberechtigten machte sich auf den Weg ins nächstgelegene Wahlbüro. Bis zum frühen Nachmittag hatte die Situation noch schlechter ausgesehen. Um die Mittagszeit lagen die Angaben z.B. für Kiew bei nur rund 20%.



Kiewer Wahllokal 12:55 Uhr
Foto: Seiberling

Auch die Hanns-Seidel-Stiftung hat gemeinsam mit ihrem Projektpartner, der NGO Gorenje und der populären Folk-Rock Band "Gaidamaki"³ einen Videoclip erstellt, der insbesondere jugendliche Wähler auffordert, an der Wahl teilzunehmen und ihre Stimme nicht leichtfertig abzugeben. Dieser Clip wurde bei den Trainings der Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen eingesetzt und online in zahlreichen Internetplattformen und sozialen Netzwerken verbreitet.



Plakat mit dem Aufruf, an der Wahl am 25. Oktober 2015 teilzunehmen Text: "Verschlafe die Zukunft nicht"
Foto: Seiberling

Nicht an der Wahl teilnehmen konnten die Bewohner der Halbinsel Krim sowie die Einwohner der von den sog. Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbas. Erschwert und zum Teil unmöglich war auch die Stimmabgabe der rund 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge des Landes.

3) Ergebnisse

Wie erwartet, zeigte die Kommunalwahl erhebliche Veränderungen in der ukrainischen politischen und Parteienlandschaft.

3.1 Parteien

Ohne im Detail auf die weit über 100 Parteien einzugehen, die sich zur Wahl stellten, sieht die Situation der wichtigsten Parteien folgendermaßen aus:

Block Petro Poroschenko-Solidarnist

Präsident Poroshenko als Lokomotive seiner Partei genießt nach wie vor erhebliches Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung. Im Gegensatz zu Premierminister Jazenjuk, der mit seiner Partei "Volksfront" wegen

³ <http://www.ex.ua/636716048094>

mangelnder Aussicht auf Erfolg nicht an der Wahl teilnahm, konnte Präsident Poroshenko gestärkt aus der Wahl hervorgehen und kann die Wahl durchaus als Bestätigung seiner bisherigen Regierungszeit verstehen.

Samopomitsch

Die Partei um den Bürgermeister von Lwiw, Andreij Sadowij, konnte ihre starke Position im Westen des Landes nicht nur halten, sondern auch im Osten und Süden der Ukraine deutlich zulegen. In der Millionenstadt Charkiw gelang Samopomitsch nicht nur der Einzug in den Stadtrat, sie wurde aus dem Stand zweitstärkste Fraktion. Samopomitsch nahm landesweit in sämtlichen Wahlkreisen, in denen die Partei antrat, die 5% Hürde und lässt damit endgültig den Ruf einer auf die Westukraine fokussierten Regionalpartei hinter sich.

Batkiwschtschina

Julia Timoschenko ist nach wie vor eine ernstzunehmende politische Größe in der Ukraine. Ein überwältigendes Comeback ist der Partei bei den Kommunalwahlen aber nicht gelungen.

Oppositionsblock

Der sog. Oppositionsblock, der aus der ehemals übermächtigen "Partei der Regionen" hervorgegangen war, konnte vor allem im Osten des Landes seine Position festigen. Im Vergleich übertraf der Oppositionsblock noch die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2014.

Radikale Partei

Die "Radikale Partei", die erst vor kurzem aus der Regierungskoalition ausgeschieden war, wurde von den Wählern abgestraft und konnte nur in einigen Stadträten der Westukraine punkten.

Swoboda

Die rechtsnationale Swoboda konnte im Westen des Landes ihre Präsenz verdeutlichen und ist in einzelnen Stadträten stark vertreten.

Prawij Sektor

Der "Rechte Sektor" konnte die errichtete Drohkulisse nicht aufrecht erhalten und erreichte, insgesamt betrachtet, nur marginale Ergebnisse.

UKROP

Die ebenfalls im rechtsnationalen Spektrum zu verortende "Partei der ukrainischen Patrioten" UKROP, erdacht und finanziert durch den Oligarchen und ehemaligen Gouverneur des Gebietes Dnipropetrowsk, Igor Kolomoisky, konnte in ihrem Kernland erfolgreich abschneiden und erreichte auch im Westen, beispielsweise in Lwiw, Erfolge.

3.2. Bürgermeister

Gemäß dem derzeit gültigen Wahlgesetz der Ukraine wird in Städten mit mehr als 90.000 Einwohnern ein zweiter Wahlgang zur Wahl des Bürgermeisters notwendig, wenn keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit von mehr als 50% der gültigen abgegebenen Stimmen erreicht. Die Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten, wurde für den 15. November 2015 angesetzt. Im zweiten Wahlgang reicht die einfache Mehrheit eines Kandidaten, um sich durchzusetzen.

Kiew

Der amtierende Bürgermeister Vitalij Klitschko (BPP-Solidarnist) erreichte knapp 40% der Stimmen und muss sich in einem zweiten Wahlgang gegen seine nächsten Konkurrenten Borislav Berjosa (Rechter Sektor), Wladimir Bondarenko (Batkivschtschina) oder Alexander Olmetschenko (Einheit), alle um die 8%, behaupten.⁴

Dnipropetrowsk

Alexander Wilkul behauptete sich mit 37,5% für den „Oppositionsblock“ knapp vor Boris Filatow (UKROP, 35,3%). Die Stichwahl in Dnipropetrowsk verspricht zum Polit-Krimi zu werden, zu dem Igor Kolomoisky alle Reserven mobilisieren dürfte.

Lwiw

Der amtierende Bürgermeister von Lwiw und Vorsitzender der Partei „Samopomitsch“, Andreij Sadowij, verfehlte mit 48,6% der Stimmen die Wiederwahl im ersten Wahlgang nur knapp. Mit deutlichem Vorsprung vor seinem nächsten Verfolger Ruslan Koschunski (Swoboda, 19,1 %) muss er in den zweiten Wahlgang.

Odessa

Der amtierende Bürgermeister von Odessa, Gennadij Truchanow, (Wahlplattform "Vertraue den Taten"), erreichte bereits im ersten Wahlgang mit 51,64% die notwendige absolute Mehrheit. Truchanow verwies die Kandidaten Alexander Borowik (BPP-Solidarnist, 25%) und Eduard Gurwitz (vormals UDAR) deutlich auf die Plätze.

Charkiw

Auch in Charkiw wurde die Wahl zum Bürgermeister im ersten Wahlgang entschieden. Gennadi Kernes (Wiedergeburt) führt überlegen mit 66% und lies Taras Sitenko (Samopomitsch, 12,25%) und Juri Sapronow (5%) deutlich hinter sich.

⁴Für Kiew liegt noch kein amtliches Endergebnis vor.
Hanns-Seidel-Stiftung_Projektbericht_Ukraine_27. Oktober 2015

4) Bewertung

Die Ukraine ist nach wie vor ein politisch, kulturell und wirtschaftlich stark heterogenes Land. Die Wahlen haben gezeigt, dass Präsident Poroshenko weit davon entfernt ist, zu einem neuen Janukowitsch zu werden, der mit einer übermächtigen Partei hinter sich nach Belieben agieren könnte. Wie sich die Wahlen auf die politische Zukunft von Premierminister Jazenjuk auswirken werden, muss sich im Weiteren zeigen.

Trotz aller – berechtigten - Kritik an der Regierung und der zögerlichen Umsetzung wirklicher Reformen glauben weite Teile der Bevölkerung nach wie vor daran, dass es Petro Poroshenko ernst ist mit dem Anliegen, das Land aus der Krise und in eine bessere Zukunft zu führen. Die Wahlen haben aber auch gezeigt, wie viele unterschiedliche Strömungen und Tendenzen in dem Land bestehen, die sich in weit über 100 Parteien Gehör zu verschaffen suchen. Dabei sind harmlose Weltfremde, die in Darth Vader Kostümen auftreten, ebenso Bestandteil der gesellschaftlichen Vielfalt des Landes, wie der Oligarch Igor Kolomoisky, dem selbst Wladimir Putin widerwillig ob seiner Gerissenheit Respekt zollte.

Auf diese 10.000 Bürgermeister und über 150.000 Stadt-, Land- und Gebietsräte kommt nun mit dem neuen Gesetz der kommunalen Verwaltung und Dezentralisierung enorme Verantwortung, aber auch gestiegene politische und budgetäre Gestaltungsmöglichkeit zu.

Präsident Poroshenko legt große Verantwortung in die Hände all jener, die vergangenen Sonntag gewählt wurden – vielleicht, weil er weiß, dass die Regierung in Kiew alleine nicht mehr mit den aktuellen Herausforderungen zu Recht kommen wird. Die zentralen Parteien stehen weiterhin für einen demokratieorientierten und pro-europäischen Weg der Ukraine. Wie aber die wirtschaftliche und politische Macht der Oligarchen gebrochen, wie die überbordende Korruption bekämpft, wie die Wirtschaftskrise überwunden und wie der fragile Waffenstillstand im Osten gesichert werden können, dafür hat kaum eine Partei wirklich schlüssige, umfassende und nachhaltige Strategien.

Die Kommunalwahlen haben die Ukraine nicht in einen tumben Ultrationalismus gestürzt, keine triumphalen Erfolge demokratisch fragwürdig orientierter Oligarchen zugelassen und auch nicht den Präsidenten mit einer erdrückenden Macht ausgestattet.

Die Bevölkerung, der Souverän, ist aufmerksamer geworden, auch aufgrund der Arbeit lokaler und internationaler NGOs. Wahlversprechen, Parteien und Personen werden vor der Stimmabgabe gründlicher analysiert. Die Zeiten, in denen Stimmen für ein Kilo Graupen gekauft werden konnten, gehen allmählich zu Ende, ebenso wie Wahlergebnisse im 80%-Bereich für einzelne Kandidaten, selbst in den Hochburgen der jeweiligen Parteien.

Es waren eigentlich ganz normale Kommunalwahlen, bei denen die Bevölkerung unmittelbar aufgerufen war, diejenigen Repräsentanten zu wählen, denen sie zutraut, die Probleme in ihrem Lebensumfeld am ehesten lösen zu können.

Und das hat, alles in allem, ganz gut funktioniert.

Daniel Seiberling

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung für die Projektregion Ukraine, Republik Moldau und Rumänien mit Sitz in Kiew, Ukraine.

IMPRESSUM

Erstellt: 27. Oktober 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de